

## **Protokoll über die öffentliche Sitzung**

**des Gremiums: Beirat Blumenthal**

**am: 10.03.2014**

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,  
28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer:**

**Verwaltungsbeamter** Malte Wolpmann (Vorsitz)

**Verwaltungsbeamtin** Heike Rohde (Protokoll)

### **Beiratsmitglieder:**

**Heiner Böcker**

**Nils Christahl**

**Peter Geis**

**Dennis Klingenberg**

**Grete Klinkmüller**

**Gabriele Kröger-Schurr**

**Anke Krohne**

**Karen Nieschlag**

**Andreas Pfaff**

**Alex Schupp**

**Eike Schurr**

**Helma Stitz** ab 19.17 Uhr

**Hans-Gerd Thormeier**

**Gisela Zimmermann**

### **Es fehlten:**

**Sascha Humpe**, unentschuldigt

**Ralf Schwarz**, entschuldigt

### **Gäste**

**Carola Schulz**, Quartiersmanagerin

**Susanne Kirchmann**, Immobilien Bremen AöR

**Uwe Kröger**, Leiter Polizeirevier Blumenthal

## Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 10.02.2014
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers
4. (19:20 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a. Symbolische Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Otto Telschow
6. (19:40 Uhr) Sachstandsbericht zur Quartiersentwicklung  
*dazu: Frau Carola Schulz, Quartiersmanagerin*
7. (20:00 Uhr) Schulgebäude in Blumenthal – baulicher Zustand / Sanierungsbedarf  
*dazu: Frau Susanne Kirchmann, Immobilien Bremen*
8. (20:30 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
  - a. Die Linke – Anfrage zum Thema Altglascontainer in Blumenthal
  - b. Die Linke – Anfrage zur Behandlung von Schlaganfallpatienten aus Bremen-Nord
  - c. Die Linke – Anfrage zur Behandlung von Herzinfarktpatienten aus Bremen-Nord
  - d. Die Linke – Antrag zur Einrichtung eines Busshuttles
  - e. CDU – (Dringlichkeits-) Antrag: Stadtteile auch weiterhin an der Planung und Steuerung des Kindergartenjahres beteiligen
  - f. SPD – Antrag: Ein Kinder- und Jugendforum für Blumenthal
  - g. SPD – (Dringlichkeits-) Anfrage zur Anleinplicht von Hunden
  - h. SPD – (Dringlichkeits-) Anfrage zur Hundekotentsorgung
  - i. CDU – (Dringlichkeits-) Antrag zur Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der nordbremischen Beiräte zur Zukunft des Klinikums Bremen-Nord
9. (21:00 Uhr) Verschiedenes

### TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Wolpmann begrüßt die Anwesenden und verliest die Tagesordnung.

Frau Kröger-Schurr merkt an, dass die Ausschussmitglieder nicht form- und fristgerecht eingeladen wurden und bittet um Überprüfung des Mail-Verteilers. Herr Wolpmann sagt dies zu.

Anschließend wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Die Tagesordnung ist damit genehmigt.

### TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 10.02.2014

Herr Wolpmann erklärt, es lägen keine Änderungswünsche zum Protokoll vor.

Herr Schurr widerspricht, er habe um 16:52 Uhr per Mail einen Änderungsantrag gesendet.

Herr Geis fordert den Schluss der Debatte, falls keine fristgerecht eingegangenen Anträge vorlägen.

Herr Schurr meint, im Protokoll sei eine inhaltliche Anmerkung falsch.

Erneut wird ein Ende der Debatte gefordert.

Darüber wird abgestimmt.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Herr Wolpmann möchte nunmehr über das Protokoll abstimmen lassen.

Herr Schurr stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung dahingehend, die Genehmigung des Protokolls zu vertagen.

Herr Wolpmann fragt, ob es gegen den Geschäftsordnungsantrag Einwände gibt.

Da das nicht der Fall ist, wird der Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung angenommen.

### TOP 3: Mitteilungen

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

a. Herr Wolpmann gibt folgendes bekannt:

- **Antwort zum Beiratsbeschluss „Kultur-Treffpunkt für Blumenthal entwickeln“**
  - WFB wird gebeten Möglichkeiten von Teilnutzungen des Gebäudes für kulturelle Zwecke zu prüfen
  - fachliche Beratung durch den Senator für Kultur
  - Erste Aussagen bis zu den Sommerferien 2014
  -
- **Antwort zum Beiratsbeschluss „Leukämieerkrankungen in Blumenthal“**
  - Veröffentlichung der neuen Analyse für April 2014 geplant
  - vorliegende Daten lassen Ermittlung von spezifischen Ursachen von Krebserkrankungen nicht zu
  - Es ist nicht bekannt, dass Leukämieerkrankungen häufig Folgen von Erkrankungen durch Asbestose sind
  -
- **Antwort zur Anfrage „Trinkwasserversorgung in Blumenthal“**
  - Haushalte wurden vermutlich zwischen 1954 und 1970 an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen
  -
- **Antwort zu den Bürgeranträgen „Einhaltung der Schutzbestimmungen für das Naturschutzgebiet Eispohl/Sandwehen/Heideweiher auf dem Gebiet des Tanklagers Farge“**
  - Antworten auf Homepage eingestellt
- **Bauvorhaben des Deichverbands wegen der Deicherhöhung**
  - Dazu wird ein Satellitenbild gezeigt, auf dem der Verlauf der Baustraße zur Baustelleneinrichtung zu sehen ist.

Frau Krohne konstatiert, dass während der Bauzeit der Spielplatz nicht genutzt werden kann. Herr Schurr bittet daraufhin, das Thema im nächsten Koordinierungsausschuss (KO) zu behandeln, damit der Beirat mitreden könne.

Herr Thormeier schlägt vor, dem Deichverband vorzugeben, dass die Baustraße über Brachland verlaufen solle.

Herr Schupp wendet ein, dass das Brachland verkauft wurde und dann Privatleute gefragt werden müssten.

Herr Schurr bittet um Abstimmung.

Frau Krohne erklärt, die Vorschläge von Herrn Schurr und Herrn Thormeier seien okay, Privateigentümer könnten befragt werden.

Es wird abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

- **Es gibt eine Bürgerbeschwerde zur Park- und Haltesituation in der Helgenstraße**
  - Eltern bringen Kinder zur Schule bzw. holen sie ab und parken die Straße beidseitig zu
  - Auffahrten und Pforten werden zugeparkt
  - Motoren werden laufen gelassen
  - Erhebliche Lärm- und Abgasbelästigung

Herr Kröger erläutert dazu, dass die Helgenstraße eine sehr enge Straße in einer 30er-Zone ohne Gehweg ist.

Er macht deutlich, dass eine Überwachung aus zeitlichen und personellen Gründen nicht durchgängig geleistet werden kann. An anderen Grundschulen sei die Situation genauso. Herr Kröger richtet an den Beschwerdeführer, der seines Wissens seit einem Jahr dort wohne, den Vorschlag, die Wache jeweils sofort in Kenntnis zu setzen, damit unmittelbar reagiert werden könne, wenn es personell möglich sei.

Gänzlich werde das Phänomen jedoch nicht weg zu kriegen sein.

Seiner Einschätzung nach wohnen ca. 90 % der Kinder im Umkreis von 500 Metern zur Schule, sinnvoller sei es daher, die Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule zu bringen. Es sei Aufgabe der Schule, darauf hin zu wirken.

Frau Klinkmüller würde gerne an die Schule appellieren, auf die Eltern dahingehend einzuwirken und diese aufzuklären.

Herr Kröger erläutert, dass man dieses bereits an der Schule Am Pürschweg probiert habe. Die Eltern hätten sich dann während der Aktion, die 14 Tage dauerte, daran gehalten, die Kinder nicht per Auto zu bringen, danach waren die gleichen Zustände wie vorher wieder da.

Herr Schupp geht auf die Situation an der Schule Am Pürschweg ein. Dort sei vor dem Eingang auf etwa 20 Meter Länge ein Halteverbot eingerichtet worden und es seien Hinweisschilder aufgestellt worden – mit dem Resultat, dass es jetzt zum Teil Lehrer und Anwohner seien, die die rechte Seite zuparken. Seiner Ansicht nach war das "wilde Parken" die bessere Regelung, weil da noch ausgewichen werden konnte.

Herr Geis schlägt vor, zusammen mit dem zuständigen Verkehrssachbearbeiter den Elternbeirat zu besuchen, um das Problem dort zu erörtern. Die Koordinierung könne über das Ortsamt erfolgen.

Herr Kröger sagt zu, Herrn Meins darüber zu unterrichten, dieser werde sich dann mit Herrn Geis in Verbindung setzen.

- **Entwurf des Flächennutzungsplan 2025** für die Stadt Bremen liegt im Ortsamt vom **10. März – 15. April 2014** öffentlich aus
- 
- **Neuaufstellung des Landschaftsprogrammes** liegt im Ortsamt vom **10. März – 15. April 2014** öffentlich aus
- 
- **12.02: Gespräch beim BBN** mit Träger öffentliche Belange zum VEP 58 (Pflegeheim Rekum)  
→ Einwohnerversammlung
- **20.02: Gespräch mit Vertreter SHP-Ingenieure** aus Hannover bezüglich Verkehrsgutachten  
→ Ergebnis wahrscheinlich Ende Mai 14
- **28.02: Siegerehrung Jugendforscht**
  - 19 Wettbewerbsbeiträge aus Blumenthal
  - 2 Erste-Preise bei Jugendforscht
  - 1 Erster-Preis Schüler experimentieren
  - 3x Zweite Preise und 4x Dritte Preise
  - Oberschule an der Egge hat den Schulpreis gewonnen

3 b.  
Keine

#### **TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Herr Thormeier bittet darum, dass der Ortsamtsleiter den jetzigen Bewohner der Strandhalle melderechtlich abmeldet.

Herr Geis stimmt dem zu und ergänzt, der Ortsamtsleiter solle einen Antrag zur Abmeldung an das Stadtamt stellen. Wenn die rechtlichen Vorgaben dann in Ordnung seien, könne die Meldestelle die Abmeldung vornehmen.

Über den Vorschlag wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Frau Krohne zeigt sich befremdet darüber, dass der Name des Bewohners öffentlich genannt wurde.

Weiter bittet sie darum, zukünftig die Antragsfristen für die Einreichung von Anträgen entweder zu ändern oder aber einzuhalten und bis zum Donnerstag vor der Sitzung einzureichen. Sie befürchtet, dass Anträge ansonsten teilweise vordatiert oder "abgekupfert" würden. Es wäre außerdem nicht möglich, die Anträge in der Fraktionssitzung zu besprechen, da diese bereits eine Woche vor der Beiratssitzung stattfänden.

Herr Schurr muss Frau Krohne leider widersprechen, da in der Geschäftsordnung keine Frist vorgegeben ist.

Herr Wolpmann wirft ein, dass es eine Vereinbarung zur Einhaltung einer Frist gebe.

Herr Thormeier gibt Frau Krohne Recht bezüglich der Nennung des Namens von Privatleuten und bittet, den Namen im Protokoll nicht zu erwähnen.

Herr Klingenberg bezieht sich auf den vorliegenden Antrag der SPD und erklärt, dieser wurde nicht vordatiert, sondern zwar rechtzeitig eingereicht, dann aber vergessen.

Herr Geis meint, es würde nicht "abgekupfert" werden und dass diese Unterstellung unverschämt sei.

Dann fragt er, warum aus der kürzlich veröffentlichten Liste der "Gefahrenorte" die George-Albrecht-Straße heraus genommen wurde. Er möchte wissen, ob die Gründe dafür bekannt seien oder ob das eventuell reine Personalpolitik sei.

Herr Schurr begrüßt, dass die Gefahrenorte zurückgefahren wurden. Wie die Situation in Hamburg gezeigt habe, gebe es an diesen Gefahrenorten wesentliche Eingriffe in die Menschenrechte.

Herr Kröger erläutert, zu der Rücknahme der "besonderen Kontrollorte", wie die bisherigen Gefahrenorte neu heißen, gebe es verschiedene Auffassungen. Grundsätzlich entscheide darüber der Polizeipräsident oder die Polizeileitung..

Für ihn sei die Rücknahme eine klare politische Entscheidung. Herr Kröger ist der Auffassung, dass die George-Albrecht-Straße die Berechtigung habe, weiterhin ein besonderer Kontrollort zu sein. Die Statistik zeige zwar, dass die Einbrüche zu 40 % rückläufig seien, aber es gebe dort auch andere Delikte und die George-Albrecht-Straße sei zudem ein sogenannter "Angstort" für die Bevölkerung.

Mit der Deklaration als "besonderer Kontrollort" hatte die Polizei die Möglichkeit, auch ohne konkreten Verdacht unangemeldete Kontrollen vorzunehmen.

Diese Einschätzung sei jedoch seine persönliche Meinung, die offizielle sei eine andere. Seiner Meinung nach habe die Politik die Polizei gedrängt, die Orte zu überprüfen. Die Situation sei jedoch anders zu bewerten, als in Hamburg und die George-Albrecht-Straße durchaus als "besonderer Kontrollort" zu definieren. In einem Jahr werde es eine neue Überprüfung geben.

Herr Geis meint, der Beirat und das Ortsamt sollten sich dafür einsetzen, das, was man gehabt habe, zu behalten und stellt den Antrag, dass das Ortsamt zur Klärung beim Senator und beim Polizeipräsidenten nachhakt.

Frau Schmidtke (MdBB) meldet sich aus dem Publikum zu Wort. Sie empfindet wie Herr Geis und kann dessen Anliegen nachvollziehen. Sie hatte beim Lesen der Vorlage den gleichen Eindruck und wird das Anliegen in die Bürgerschaft mit einbringen.

Herr Schurr empfindet Frau Schmidtkes Wortbeitrag als nicht dienlich zum Sachverhalt, sondern lediglich als politische Meinung.

Herr Geis meint, jede Äußerung, die den Blumenthaler Bürgern helfe, sei hilfreich.

Frau Kröger-Schurr bittet um Abstimmung über Herrn Geis' Antrag.

Es wird abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung.

Herr Schupp hat einen Wunsch zum Thema "Jobcenter". In Vegesack sei das vorgesehene Neubaugelände inzwischen abgezäunt. Er bittet, sich des Themas in einer der nächsten Sitzungen des Beirats oder des Regionalausschusses anzunehmen und dann Informationen zum aktuellen Sachstand zu bekommen.

Frau Kröger-Schurr meint, da alle Ortsämter von eventuellen Leerständen in Gebäuden betroffen seien, sollte das Thema in die nächste Regionalausschusssitzung mit einfließen oder aber dort ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Frau Krohne unterstützt Frau Kröger-Schurrs Meinung.

Es wird abgestimmt.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Herr Schurr bittet, beim VBN oder der NordWestBahn noch einmal an die Antwort zum Antrag "Einschränkungen im Schienenverkehr" zu erinnern.

Frau Krohne bittet zu klären, warum es solange gedauert habe, bis das Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben wurde.

## **TOP 5 Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

### **a. Symbolische Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Otto Telschow**

Frau Krohne fragt, ob das Datum "1. November 2014" von Bedeutung sei. Der Antragsteller antwortet, es handele sich dabei um einen symbolischen Wert.

Herr Schurr würde Punkt 4 des Antrags gerne streichen, da es nicht Aufgabe des Ortsamtes sei, bei Wikipedia einen Antrag zu stellen.

Frau Krohne ergänzt, das Gleiche gelte für Punkt 3, da in Wikipedia jedermann etwas einstellen könne und man so etwas nicht beauftragen könne.

Der Antragsteller meint, die Punkte 3 und 4 würden sich erledigen, wenn die Punkte 1 und 2 durchgesetzt werden.

Herr Wolpmann lässt über den Antrag (ohne die Punkte 3 und 4) abstimmen.  
Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

**TOP 6: Sachstandsbericht zur Quartiersentwicklung**  
**dazu: Frau Carola Schulz, Quartiersmanagerin**

Raumsuche

Frau Schulz berichtet zunächst über die Raumsuche für den Quartierstreff. Diese ist noch nicht abgeschlossen, da viele Objekte nicht den Anforderungen entsprechen oder aus baulichen Gründen von vornherein ausscheiden.

Zwei Besichtigungen haben stattgefunden, mit den Eigentümern wird jetzt geklärt, ob diese bereit seien, in die Renovierung zu investieren. Immobilien Bremen entscheide dann, ob die Anmietungskriterien erfüllt seien. Gleichzeitig werde zurzeit geklärt, ob die Anmietungsvorgaben zu den sanitären Anlage, der Küche, der Barrierefreiheit etc. anders formuliert werden könnten.

Bürgerbeteiligung

Die Basisarbeit von Frau Schulz sieht so aus, dass sie in die Straßen geht, Kitas und Cafés besucht, um vor Ort die Bewohner anzusprechen und auch einzuladen und sich deren Schilderungen von Problemen anzuhören. In Bezug auf die Diskussion zu den Gefahrenorten gibt sie zu bedenken, dass durchaus ein Perspektivwechsel stattfindet, wenn man mit den betroffenen Menschen redet. Nicht alle seien kriminell, aber alle seien von den Kontrollen betroffen.

Ende April soll das Projekt "temporäre Spielstraße" in der George-Albrecht-Straße starten. Zur Vorbereitung soll es Anwohnerversammlungen und Gespräche mit den Anwohnern geben.

Bewohner-Workshop

Der erste Termin ist wegen mangelnder Teilnahme ausgefallen. Der zweite Termin war gut besucht. Die Diskussionen waren zwar vorsichtig, aber sehr engagiert. Es waren Vertreter der Parteien, Vertreter von sozialen Einrichtungen, aber vor allem Bürger und Bürgerinnen aus dem Ortsteil anwesend. Frau Schulz wünscht sich für die Zukunft mehr Teilnahme der migrantischen Nachbarn. Die Workshops sind auch offen für Jugendliche.

Vernetzung

Die vorhandenen Vertreter im Ort, zu denen auch der Arbeitskreis Blumenthal gehört, haben hier gute Vorarbeit geleistet.

Die Gründung eines "Arbeitskreises Kinder" (AK Kinder) ist im Januar erfolgt.

Kindertageseinrichtungen aus dem Ortsteil und Quartiersmanagement haben sich in diesem Kreis zusammengetan, um gemeinsam und trägerübergreifend für die Verbesserung des Angebots von Kindertagesbetreuung einzusetzen.

Es existiert kein ganztägiges Betreuungsangebot für unter 3-jährige (U3) im Ortsteil.

Aus Sicht der Einrichtungen fehlt es auch an niedrig-schweligen Angeboten wie Eltern-/Kindgruppen (0-3), sozialpädagogische Spielkreise u.ä..

AK Kinder hat das Ziel, die Problematik aus Perspektive der Einrichtungen (und mit dem guten Kontakt zu den Eltern) in Politik und Öffentlichkeit darzustellen und sich bei der anstehenden Planungskonferenz (24.2.) für einen Ausbau im Ortsteil einzusetzen.

Frau Krohne möchte wissen, wie viele Leute zu dem Bewohnertreffen gekommen sind.

Außerdem fragt sie, ob sich die Nachbarschaftstreffen nur auf die George-Albrecht-Straße beziehen, da das WIN-Gebiet ja wesentlich größer sei, andere aber wohl nicht eingeladen wurden. Ihr jedenfalls sei unbekannt, dass so etwas stattgefunden habe und ihr Eindruck sei, dass alle Aktivitäten bisher nur in der George-Albrecht-Straße durchgeführt wurden.

Frau Schulz antwortet, es hätten etwa 8 bis 10 Menschen teilgenommen, die aus der George-Albrecht-Straße kommen. Dort wurde gezielt eingeladen, das es sich um ein

Schwerpunktgebiet handele. In WIN-Gebieten sei es üblich, Schwerpunktgebiete zu bilden, die bei der Projektausrichtung im Fokus stehen. Sinn sei es aber auch, das "Drumherum" mit einzubeziehen, dies sei eine Aufgabe für die nächsten Monate. Dabei spiele allerdings der Quartiers-Treffpunkt eine große Rolle, der vorhanden sein sollte.

Die Vernetzung und Projektarbeit sei auch angewiesen auf das Engagement und die Ideen der Nachbarschaft, die Hauptaufgabe von Frau Schulz liege in der Koordination.

Abschließend kündigt Frau Schulz die Fotoausstellung "Lieblingsplätze" im DOKU an. Für diese Ausstellung werden Menschen aus Blumenthal gesucht, die ihre Lieblingsplätze in Blumenthal fotografieren und sich mit ihrem „Lieblingsplatz“ an der Ausstellung beteiligen möchten. Es geht um Orte, an denen sich die die Blumenthaler\_innen wohl fühlen, sich gern aufhalten, egal ob drinnen oder draußen, im Privaten oder im öffentlichen Raum. Die Motive können bis zum 31.März im Doku abgegeben werden, die Ausstellung soll am 24.4.2014 beginnen.

### **TOP 7: Schulgebäude in Blumenthal – baulicher Zustand / Sanierungsbedarf dazu: *Frau Susanne Kirchmann, Immobilien Bremen***

Frau Kirchmann berichtet über den derzeitigen Stand der Sanierungsmaßnahmen an folgenden Schulen:

#### Schulzentrum Eggestedter Straße:

Im Oktober letzten Jahres wurde erkannt, dass es Probleme mit der Statik der Decke der Aula gibt. Weitere Schwierigkeiten entstanden durch die Verquickung mit der gleichzeitigen Brandschutzsanierung. Die Decke wurde, damit die Aula genutzt werden kann, erst einmal abgenommen. Im Sommer, wahrscheinlich zu Schulbeginn, wird die Fertigstellung der neuen Decke, passend zum Brandschutzkonzept, erwartet.

Im letzten Jahr sind die Schadensmeldungen für die Turnhalle erfolgt. Die Mittel wurden für dieses Jahr freigegeben, die Planungen für die Sanierung laufen. Auch die Turnhalle soll zu Schuljahresbeginn wieder nutzbar sein.

Mit der Brandschutzsanierung der naturwissenschaftlichen Räume und der Treppenhäuser ist man etwa ein Jahr im Verzug.

Ein Grund dafür ist, dass in Absprache mit dem Bildungsressort die neue Oberschule eingerichtet wurde und die Schule damit eine neue Ausrichtung erfahren hat.

In diesem Jahr, voraussichtlich im April, werden draußen während der laufenden Arbeiten Container aufgestellt. Dann erfolgt der sukzessive Ausbau einzelner Treppenhäuser, der bis etwa Oktober dauern wird, im Anschluss werden die naturwissenschaftlichen Räume und die restlichen Treppenhäuser ausgebaut. Im Zuge der Maßnahmen sind auch neue Belüftungssysteme vorgesehen. Im nächsten Jahr sollen neue Dusche, Kabinen etc. gebaut werden.

Für die Gesamtsanierung (Außenhülle), die nicht mehr die Brandschutzsanierung betrifft, wurde ein Ausschreibungsverfahren (Umfang ca. 11 Millionen Euro) angeschoben. Mit dem Beginn der Baumaßnahmen wird für 2017 gerechnet, die Arbeiten werden dann voraussichtlich drei Jahre dauern.

Da durch das Bildungsressort noch einige Vorhaben geplant sind, werden daraus resultierende Einzelaufträge an Immobilien Bremen erteilt werden.

Herr Schupp wissen, ob bei der Außensanierung der Gebäude gleichzeitig eine Wärmedämmung vorgenommen wird und verweist auf zugelassene Wärmedämmverbundsysteme, die sich als "Zündfunke" herausgestellt hätten.

Frau Kirchmann antwortet, dass eine Wärmedämmung sowohl der Fassade als auch von Teilen des Daches geplant sei. Wärmedämmverbundsysteme werden aus nachhaltigen Gründen dabei nicht präferiert. Zudem handele es sich um ein hohes Gebäude, bei dem es

später auch Probleme mit dem Streichen durch Grünspanbildung und durch brütende Vögel geben könne.

Voraussichtlich werden zur Dämmung Fassadenplatten oder Klinker angefragt.

Herr Schurr fragt, wie lange die Schüler in Containern beschult werden sollen, in denen es erfahrungsgemäß im Sommer sehr heiß werden könne.

Frau Schmidtke wirft ein, dass es sich um einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren handeln solle.

Frau Kirchmann erklärt, dass Frau Schmidtke andere Container meine, die aufgestellt werden, weil die Jahrgangshäuser umgebaut werden. Die dann genutzten Container werden vom Bildungsressort aufgestellt und hätten eine andere Qualität als die vorübergehend aufgestellten von Immobilien Bremen.

Herr Thormeier fragt, ob die Gebäudeautomation Teil der Sanierung sei.

Frau Kirchmann bestätigt, dass eine Gesamtsanierung alles beinhalte, auch die Beleuchtung etc.

Herr Klingenberg fragt, ob geprüft wurde, ob Solaranlagen auf den Dächern möglich seien.

Frau Kirchmann erklärt, Photovoltaikanlagen würden nicht von Immobilien Bremen gestellt werden. Die Initiative dazu sei beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr angesiedelt. Wenn die Dächer fertig sind, werden sie für eine eventuelle Ausschreibung an Dritte freigegeben.

Herr Schupp möchte wissen, ob angesichts der Summe von 11 Millionen Euro nur für dieses Gebäude nicht ein Neubau einfacher und günstiger gewesen wäre.

Frau Kirchmann meint, ein Neubau wäre sicher einfacher, aber nicht günstiger gewesen. Wenn der Rohbau stehen bleiben kann, lohne sich immer eine Sanierung.

#### Schule an der Lehmhorster Straße

Hier sind die Bauteile A, B und C kurz davor, komplett fertig zu werden. Es fehlt noch der Bodenbelag, der wahrscheinlich über eine Direktbestellung geordert wird, da der nunmehr dritte Auftragnehmer erklärt hat, dass er keine Ware mehr bekomme.

Die Bauteile D und E sollen im Anschluss an die Sommerferien in Angriff genommen werden. Die Fertigstellung ist zum Schuljahresbeginn 2015/2016 geplant.

Für das Haus G und die Verwaltung sollen Erweiterungen gebaut werden, dazu ist ein spezielles Verfahren erforderlich.

Am Standort Lüder-Clüver-Straße sollte leergezogen werden und wurde als "frei" gemeldet, deswegen ist dort keine Sanierung mehr erfolgt. Seit 2011 wird die Dependance jedoch wieder genutzt, deswegen wurde ein neuer Planungsauftrag ausgelöst. Kostenschätzungen liegen noch nicht vor. Beginn der Arbeiten ist hoffentlich Anfang nächsten Jahres.

#### Oberschule In den Sandwehen

Die Schule ist in den letzten Jahren umfangreich saniert worden.

#### Förderzentrum Reepschläger Straße

Die Schule soll laut Bildungsressort leerlaufen und wird nur noch notwendig unterhalten.

#### Grundschulen Lüssumer Ring und Am Pürschweg

Beide Schulen sind saniert und umgebaut worden. Am Pürschweg müssen noch die Außenanlagen gestaltet werden.

Grundschule Farge-Rekum

Für die Dependance Betonstraße liegen Baubedarfsmeldungen vor.

Der Austausch der Fenster ist noch nicht erfolgt. Wegen der Energierichtlinien wird zukünftig auch die Fassade saniert werden müssen, es wurde jedoch noch kein Planungsauftrag ausgelöst. Unter Umständen kann im Herbst wenigstens eine Kostenrechnung vorgenommen werden.

Grundschule Rönnebeck

Die Schule ist sanierungsbedürftig. Ein Planungsauftrag wurde noch nicht ausgelöst, wird aber erwartet.

Auf Nachfrage von Herrn Thormeier erklärt Frau Kirchmann, dass keine akute Bedarfsmeldung vorliegt, sich aus dem Baubegehungsprotokoll aber Sanierungsbedarfe ergeben.

Herr Schupp fragt nach der Grundschule Wigmodistraße. Es handele sich um ein sehr altes Schulgebäude, er möchte wissen, ob dafür keine Meldungen vorliegen.

Frau Kirchmann kann dazu nichts sagen, sagt aber zu, die Informationen nachzuliefern.

Herr Kröger möchte zur Wigmodistraße wissen, ob Frau Kirchmann Kenntnis darüber habe, wie es mit dem Polizeiaußenposten weitergehe.

Frau Kirchmann wird auch hierzu Informationen nachliefern, da ihr zurzeit keine Details bekannt sind.

Herr Thormeier fragt, ob Frau Kirchmanns Vortrag dem Protokoll beigefügt werden könne.

Frau Kirchmann meint, für die Lehmhorster Straße gebe es einen Ablaufplan, für den Rest sei es machbar, eine kleine Zusammenstellung anzufertigen.

Der Plan und die Zusammenstellung sollen dem Ortsamt übermittelt werden.

**TOP 8: Anfragen und Anträge der Parteien**

- a. **Die Linke – Anfrage zum Thema Altglascontainer in Blumenthal**
- b. **Die Linke – Anfrage zur Behandlung von Schlaganfallpatienten aus Bremen-Nord**
- c. **Die Linke – Anfrage zur Behandlung von Herzinfarktpatienten aus Bremen-Nord**
- d. **Die Linke – Antrag zur Einrichtung eines Busshuttles**
- e. **CDU – (Dringlichkeits-) Antrag: Stadtteile auch weiterhin an der Planung und Steuerung des Kindergartenjahres beteiligen**
- f. **SPD – Antrag: Ein Kinder- und Jugendforum für Blumenthal**
- g. **SPD – (Dringlichkeits-) Anfrage zur Anleinplicht von Hunden**
- h. **SPD – (Dringlichkeits-) Anfrage zur Hundekotentsorgung**
- i. **CDU – (Dringlichkeits-) Antrag zur Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der nordbremischen Beiräte zur Zukunft des Klinikums Bremen-Nord**

a. Die Linke – Anfrage zum Thema Altglascontainer in Blumenthal

Herr Schupp möchte die vorliegende Anfrage beantworten und erklärt, dass im Koordinierungsausschuss am 16.03.2013 erörtert wurde, dass es sich um Teilkündigungen für die kommunalen Textilbehälter handele. In dem Bereich Lehmhorster Straße, Köhlhorster Straße, Vorberger Straße, Reitberger Straße und Hamfährer Weg gebe es zurzeit 27 Altglascontainer. Dort sei keiner abgeräumt worden.

Bei den Altkleider-Containern werde es eine Veränderung von kommunaler zu privater Sammlung geben.

Herr Thormeier hat Verständnisprobleme zum Inhalt der Anfrage und meint, dass bei privaten Eigentümern schlecht das Ortsamt eingreifen könne. Weiter möchte er wissen, ob der Bedarf von Anwohnern gemeldet wurde, da seitens der Anwohner auch oft über Lärmbelästigung durch Glascontainer geklagt werde, oder woher die Bedarfsmeldung sonst komme.

Frau Krohne erläutert, sie habe eine Aufstellung von öffentlichen Containerstandorten vom ASV bekommen. An den in der Anfrage genannten Standorten seien keine öffentlichen Container gemeldet.

Herr Wolpmann zeigt von Herrn Nowack gemachte Fotos von Containerstandorten und fragt, ob es zurzeit nötig sei, über die Anfrage abzustimmen.

Frau Krohne meint, es sei nicht schädlich, eine Auflistung abzufragen um zu wissen, wo man steht.

Herr Schurr versteht die Aufregung über die Diskussion zur Anfrage nicht.

Herr Wolpmann verwahrt sich gegen die Aussage in der Anfrage, dass das Ortsamt nicht tätig geworden sei.

Herr Geis meint, ihm gehe es um zwei Dinge. Zum Ersten gebe es eine Erklärung, dass die SPD die Anträge der Linken abgreife, zum Zweiten seien deren Anträge nicht ernsthaft und nicht geprüft bzw. hinterfragt.

Frau Kröger-Schurr stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Es gibt keine Gegenrede.

Es folgt die Abstimmung über die Anfrage.  
Ergebnis: 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

b. Die Linke – Anfrage zur Behandlung von Schlaganfallpatienten aus Bremen-Nord  
Herr Thormeier bittet, diese Anfrage zusammen mit

c. Die Linke- Anfrage zur Behandlung von Herzinfarktpatienten aus Bremen-Nord  
abzustimmen.

Es gibt keine Einwände.

Über beide Anfragen wird zusammen abgestimmt.  
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

d. Die Linke – Antrag zur Einrichtung eines Busshuttles

Frau Kröger-Schurr möchte wissen, wie Frau Krohne sich das vorstellt, dass der Senator für Gesundheit den Shuttlebus bereitstellen soll, da doch die GENO Betreiberin der Kliniken sei.

Frau Krohne erklärt, der Senator sei Vorgesetzter der GENO und die Gesundheitsvorsorge sei staatliche Aufgabe.

Über die Anfrage wird abgestimmt.  
Ergebnis: 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

e. CDU – (Dringlichkeits-) Antrag: Stadtteile auch weiterhin an der Planung und Steuerung des Kindergartenjahres beteiligen

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt und der Antrag wird in der nächsten Beiratssitzung beraten.

f. SPD – Antrag: Ein Kinder- und Jugendforum für Blumenthal

Frau Krohne erinnert sich daran, dass solch ein Antrag schon einmal von den Grünen gestellt und abgelehnt wurde.

Es folgt die Abstimmung.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

g. SPD – (Dringlichkeits-) Anfrage zur Anleinplicht von Hunden

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Über die Anfrage wird abgestimmt.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

h. SPD – (Dringlichkeits-) Anfrage zur Hundekotentsorgung

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Über die Anfrage wird abgestimmt.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen.

i. CDU – (Dringlichkeits-) Antrag zur Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der nordbremischen Beiräte zur Zukunft des Klinikums Bremen-Nord

Herr Thormeier erläutert, der Antrag sei deshalb dringlich, damit er noch in die nächste Sitzung des Regionalausschusses aufgenommen werden könne.

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Herr Geis beteiligt sich nicht an der Abstimmung.

Herr Schurr meint, die Formulierung des Antrags sollte für den Regionalausschuss ausgerichtet werden.

Herr Thormeier stimmt zu.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

**TOP 9: Verschiedenes**

Herr Wolpmann gibt folgende Termine bekannt:

- |                   |  |
|-------------------|--|
| 10. Mai 2015      | Bürgerschaftswahlen  |
| 11.03.14, 19 Uhr: | Friedensgebet gegen den drohenden Krieg in der Ukraine in der ev.-ref. Kirche in der Landrat-Christians-Str. |
| 14.03.14, 15 Uhr: | Beirat vor Ort am Bunker Valentin  |
| 26.03.14, 14 Uhr: | Plenum Blumenthaler Bildungsbrücke im Haus der Zukunft, Lüssumer Heide 6                                     |
| 26.03.14, 19 Uhr: | Einwohnerversammlung zum VEP 58 in der Seniorenbetreuung Neuenkirchen, Landstraße 1                          |

28.-29.03.14: Bremen räumt auf 07.04.14, 19 Uhr: nichtöffentliche Beiratssitzung mit dem Schwerpunkt Kulturtreffpunkt

18.-21.04.14 Ostern

26.-27.04.14: BreNor mit verkaufsoffenem Sonntag  
28.04.14, 19 Uhr: öffentliche Beiratssitzung im Schulzentrum Blumenthal

Herr Wolpmann schließt die Sitzung um 21.10 Uhr.

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Beirat (Herr Geis)

\_\_\_\_\_  
Protokoll